

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 171 (2005)

**Heft:** 7-8

**Artikel:** Auch Bildung ist immer noch Mangelware

**Autor:** Meienberg, Martina

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-69875>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Auch Bildung ist immer noch Mangelware

■ Martina Meienberg

Im afghanischen Schulwesen fehlt es an allem – Tische und Stühle sind genauso wenig vorhanden wie Schulbücher und Lehrpersonen; selbst an Schulgebäuden mangelt es. Seit dem Sturz der Taliban hätten zwar die meisten Kinder Zugang zur Schule, doch auf Grund der miserablen Situation des Landes bleibt das Recht auf Bildung immer noch einem grossen Teil der Kinder verwehrt. In Afghanistan besuchen nur 61 Prozent der Kinder zwischen 5 und 15 Jahren den Schulunterricht, gemäss einem Bericht der Caritas.

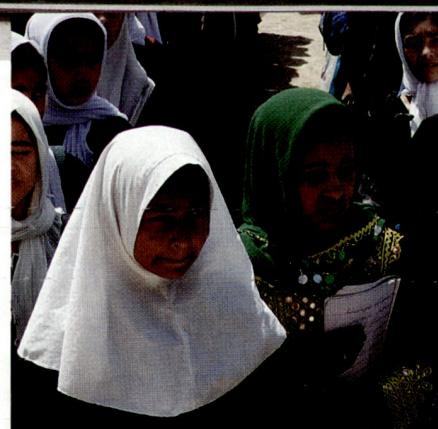
## Niedriges Bildungsniveau und viel zu wenig Lehrpersonen

Jahrelange kriegerische Auseinandersetzungen und fremde Einmischungen haben dazu geführt, dass die politischen und gesellschaftlichen Strukturen sowie die wirtschaftlichen Grundlagen Afghanistans zusammengebrochen sind. Eine Folge davon war, dass Kinder und Jugendliche keinen Zugang zum Unterricht hatten. Zudem wurden 70 Prozent der Schulen samt Ausstattung und Einrichtung, Laboren und Unterrichtsmitteln total zerstört. Mädchen und Frauen wurden vom Bildungsprozess völlig ausgeschlossen; das hat die katastrophale Lage im Bildungswesen zusätzlich verschlimmert. All das hat die aktuelle Bildungssituation massgeblich beeinflusst: Die Organisation Afghan-Aid hält fest, dass das Bildungsniveau in Afghanistan, verglichen mit dem internationalen Massstab, zu niedrig ist. Der afghanische Lehrplan sei unterentwickelt, unübersichtlich und uneinheitlich. Zudem entspreche er nicht dem Entwicklungsstand afghanischer Schulkinder. Es fehlt an Lehrpersonen, da viele von ihnen ihr Leben lassen mussten oder ausgewandert sind. Laut den Angaben der Afghan-Aid fehlen in Afghanistan knapp 29 000 Lehrpersonen.



Universität von Balkh.

**Wissensdurstige  
Mädchen in der  
Provinz Saripul.**



**Universität von Herat:**  
*Im Winter werden  
die Prüfungen im  
Freien abgehalten,  
da es draussen wärmer  
ist als in den  
Innenräumen.*



## Afghanistan vor einer ungewissen Zukunft



Sicherheit, Bildung, Gesundheitswesen, Wirtschaft: In allen Bereichen steht Afghanistan am Anfang eines noch lange dauernden Aufbauprozesses. Die Grundlage für die dauerhafte Etablierung demokratischer Staatsstrukturen ist dünn, was sich nicht zuletzt im Bildungsbereich zeigt. An einer Veranstaltung an der Universität Zürich berichteten Teilnehmende der ASMZ-Leserreise sowie hochrangige afghanische Politiker von der gegenwärtigen Situation in Afghanistan.

«Das Nation Building hat erst begonnen», zog Albert A. Stahel, Titularprofessor für Politische Wissenschaft, insbesondere strategische Studien, am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich, Bilanz der zweiwöchigen Erkundungen im April und Mai dieses Jahres.

Die Sicherheitslage ist entgegen offiziellen Angaben insbesondere im Osten und Südosten Afghanistans nicht stabil. Die Macht der Zentralregierung unter Präsident Hamed Karzai ist auf Kabul beschränkt. Daran ändert auch eine zunehmende Kontrolle der Provinzgouverneure nur wenig. Gross ist auch das ungelöste Problem des weiterhin zunehmenden Drogenanbaus.

Im Rahmen der Reise führte die Gruppe zahlreiche Gespräche mit Gouverneuren, Professoren, Geschäftsleuten sowie Hilfswerksvertretern vor Ort, wie Claudine Nick-Miller, Reiseleiterin, berichtete. Zudem wurde in Bamyan der Grundstein für ein Studentenaustauschzentrum gelegt.

Die beiden Ärzte Beat Nick und Enrique Steiger gaben einen Einblick ins Gesundheitswesen, wo die meisten Spitäler mit dürftigsten Einrichtungen auskommen müssen. Neben den materiellen Nöten fehlt es insbesondere an Fachkräften, welche einheimische Ärzte und Mediziner ausbilden und dadurch den Notstand lindern könnten. Die grössten Probleme im Gesundheitsbereich liegen im ungenügenden Zugang zu sauberem Trinkwasser sowie in der hohen Säuglings- und Müttersterblichkeit, wo Afghanistan im Vergleich zu umliegenden Ländern markant höhere Zahlen aufweist, wie Steiger berichtete.

Dennoch fehlt es nicht an zukunftsträchtigen Projekten. Als Beispiel nannte Steiger das Ortho-

pedic Project des IKRK, wo seit 1988 meist selbst minen- und kriegsversehrte Afghanen in einer Werkstatt Prothesen für Kriegs- und Minenopfer herstellen. Das Projekt versorgt nicht nur Minenopfer mit Arm- und Beinprothesen und ermöglicht dadurch ihre Wiedereingliederung, sondern schafft auch Arbeitsplätze und einen Know-how-Transfer.

Einer der zentralen Bereiche für den Wiederaufbau und die Stabilisierung des Landes ist das Bildungswesen. Die Stärkung der Demokratie und beispielsweise der Frauenrechte hängt von der Bildung ab, sagte M. J. Shams. Noch ist allerdings das Hochschulwesen in Afghanistan kaum ausgebaut. Die wenigsten der 19 Hochschulinstutute im Land sind Universitäten mit einem breiten Fächerangebot, sondern sind auf Pädagogik, Medizin oder Technik und Ingenieurwissenschaften spezialisiert.

Kaum mit westlichen Massstäben zu vergleichen ist zudem das Niveau an den Hochschulen, wie Shams weiter erklärte. Dies liegt einerseits an der ungenügenden Vorbildung, welche die Studierenden aus der Grundschule mitbringen. Andererseits fehlen in Afghanistan durch die über 20-jährige Kriegszeit gut ausgebildete Lehrkräfte. Während die Vorkriegsgeneration heute langsam zu alt für das Berufsleben sei, sei die mittlere Generation zum grössten Teil ausgewandert und bleibe in der Diaspora. Die heutigen Jungen hätten wegen des Krieges kaum eine reguläre Schulbildung genossen, sagte Shams. Dies führt dazu, dass die meisten Lehrkräfte an den Hochschulen frisch Graduierte sind, was sich auf das Niveau der Ausbildung auswirkt.

Diese Probleme könne das Land aus eigener Kraft nicht lösen, sagte Shams. Wenn die internationale Gemeinschaft Afghanistan wirklich nachhaltig helfen wolle, müsse sie ihre Hilfe auf das Bildungswesen konzentrieren, forderte er. Shams wünschte sich auch von der Schweiz ein stärkeres Engagement. «Die Schweiz ist eines der wenigen Länder, die helfen können, ohne Eigeninteressen zu verfolgen», sagte Shams.

Theo von Däniken,  
Redaktor von unipublic, Universität Zürich

Tagung an der Universität am 10. Juni 2005:  
«Die Schweiz ist eines der wenigen Länder, die helfen können, ohne Eigeninteressen zu verfolgen», sagte Shams.



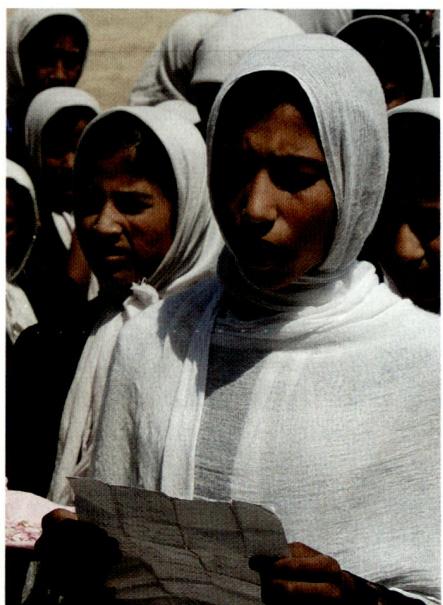
Masterplan der Universität von Balkh.

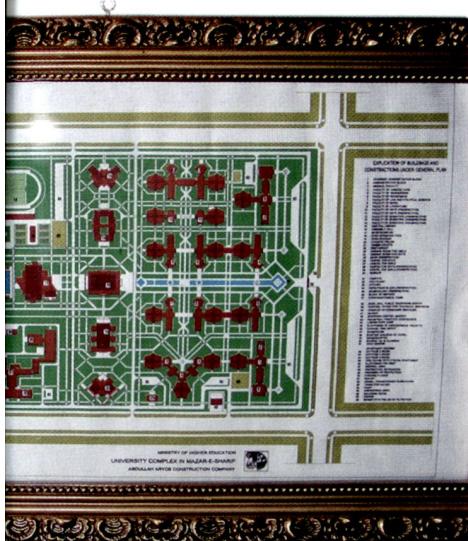
## Lesen und Schreiben sollen für alle Kinder eine Pflicht werden

Im August 2002 hat das afghanische Ministerium für Erziehung ein Konzept zum Wiederaufbau des Schulwesens in der Sprache Dari entworfen. Nebst dem Wiederaufbau des Bildungswesens verfolgt das Konzept das Ziel, kostenfreie Allgemeinbildung zu ermöglichen, die Schulpflicht in der Grundschule einzuführen (1. bis 6. Klasse), die schulische Qualität zu erhöhen und schliesslich das Schulwesen in der Stadt und auf dem Lande gleichmässig zu entwickeln.

Das Konzept sieht verschiedene Massnahmen vor, wie der Lehrermangel bekämpft werden soll. Unter anderem wer-

Ein Gedicht wird an einer Privatschule in der Provinz Saripul vorgetragen.





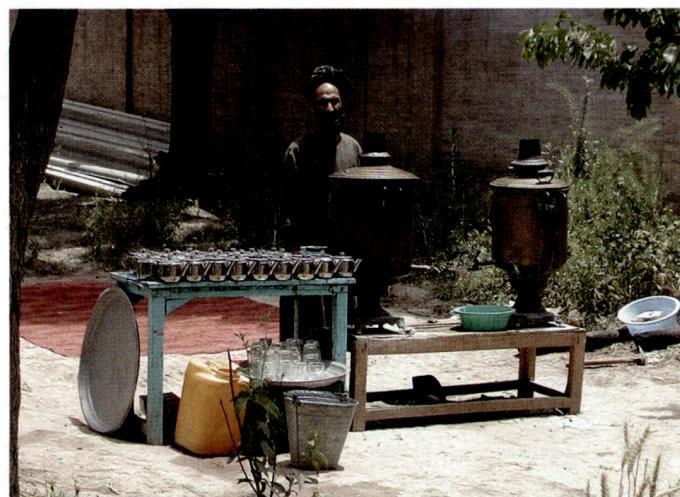
*Studentinnen  
in Bamyan.*



den die Berufsausbildungsprogramme für angehende Lehrpersonen in der Stadt und auf dem Land erhöht. Auch sollen Lehrer wieder ins Bildungswesen zurückgeführt werden, welche inzwischen in anderen Berufen tätig sind.

Der afghanische Lehrplan muss in verschiedenen Punkten modifiziert und ergänzt werden. So sieht das Erziehungsministerium vor, bei der Harmonisierung des Curriculums die religiösen und kulturellen Werte der afghanischen Bevölkerung zu berücksichtigen. Auch soll bei der Anpassung des Lehrplans auf die zukünftige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Landes Rücksicht genommen werden. Das Erziehungsministerium strebt ein Curriculum an, das Themen enthält, die der heutigen Situation des Landes entsprechen. So sollen Themen gefördert werden, die der nationalen Einheit, dem friedlichen Zusammenleben, der Gleichberechtigung der Frau, des Umweltschutzes sowie dem Kampf gegen Krieg, Drogen und den internationalen Terrorismus dienlich sind.

*«Cafeteria» an der  
Universität in Herat.*



*Forschende und  
interessierte Knaben  
in Ghazni.*



*Abschiedsgruss  
durch ältere Schüler in  
der Provinz Saripul.*



## **Vorgesehene Schritte zur Verbesserung der Situation**

Damit die genannten bildungspolitischen Ziele umgesetzt werden können, sind verschiedene Schritte nötig. So muss beispielsweise die Anzahl der allgemeinen Schulen erweitert und zusätzlich sollen provisorische Zeltschulen errichtet werden. Weiter müssen Anreize geschaffen werden, welche die Eltern dazu motivieren, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Man denkt hier an die Ausgabe von Essen beim Schulbesuch. ■